

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Dr. Alexander S. Neu, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Deutschen Vorsitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für aktive Friedenspolitik nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Juli 2020 wird Deutschland dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNO) vorstehen. Diese Gelegenheit muss genutzt werden, um konkrete Friedensinitiativen anzustoßen und voranzubringen. Damit könnte die deutsche Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat (2019 bis 2020) doch noch ein friedenspolitisches Profil gewinnen. Dazu bieten sich folgende Handlungsfelder an:

1. Von der UNO gingen in diesem Jahr wichtige friedenspolitische Impulse aus, die die Bundesregierung während des Vorsitzes aufgreifen muss: Der UNO-Generalsekretär, Antonio Guterres, hatte am 23. März 2020 alle Kriegsakteure zu einem globalen Waffenstillstand aufgerufen. Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie wiederholte er am 3. April 2020: „In diesem kritischen Moment bekräftige ich meinen Appell an die bewaffneten Akteure in aller Welt, die Waffen ruhen zu lassen. Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, friedlichere, widerstandsfähigere und wohlhabendere Gesellschaften aufzubauen.“
2. Die Menschenrechtskommissarin der UNO, Michelle Bachelet, hatte am 24. März 2020 dazu aufgerufen, die Wirtschaftssanktionen auszusetzen, um allen Ländern zu ermöglichen, auf die COVID-19-Pandemie zu reagieren: „Mit Blick auf die explosiven Konsequenzen wie Todesfälle, Leid und weitere Ansteckungen ist es lebensnotwendig, dass der Zusammenbruch von Gesundheitssystemen in allen Ländern vermieden wird.“
3. Ungeachtet dieser wichtigen friedenspolitischen Initiativen aus der UNO hat sich die internationale Sicherheitslage verschlechtert: Die USA habe sich seit der Jahrtausendwende aus fünf völkerrechtlichen Abkommen zu Abrüstung und Rüstungskontrolle zurückgezogen und damit die Welt erheblich unsicherer gemacht. Allein unter Präsident Trump betraf das drei Abkommen: Nach dem Rückzug aus dem Atom-Abkommen mit dem Iran (JCPoA) und dem Vertrag über nukleare

Mittelstreckensysteme (INF) hat US-Präsident Donald Trump den Ausstieg aus dem Open Skies-Vertrag angekündigt. Die USA erschweren zudem die Verhandlungen über die Verlängerung des New START-Vertrags über die Reduzierung strategischer Kernwaffen. Damit droht eine neue Runde atomarer Aufrüstung.

4. Auch auf dem Gebiet der neuen Rüstungstechnologien, insbesondere bei unbemannten und autonomen Waffensystemen sowie der militärischen Nutzung „Künstlicher Intelligenz“, droht ein immer risikoreicherer, schrankenloser Rüstungswettlauf, in dem entscheidende Fragen der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und der der zivilen Opfer dieser Waffen absichtlich ignoriert werden.
5. Im Nahen Osten droht mit der Ankündigung der israelischen Regierung, ab dem 1. Juli 2020 einen Teil der palästinensischen Westbank annectieren zu wollen, der seit Jahrzehnten bestehende Konflikt weiter zu eskalieren. Eine gute Nachbarschaft zweier souveräner und lebensfähiger Staaten, Israel und Palästina, das Ziel zahlreicher UNO-Resolutionen und des sogenannten Oslo-Prozesses wird dann kaum noch zu erreichen sein. Auch hier muss Deutschland in der Zeit seines Vorsitzes im UNO-Sicherheitsrat initiativ werden und eine entschiedene Reaktion auf die völkerrechtswidrige einseitige Verschiebung der Grenzen durch Israel vorbereiten.
6. Die COVID-19-Pandemie erfordert globale Zusammenarbeit. Der Bundestag verurteilt die Schuldzuweisungen von US-Präsident Trump an China („Chinesischer Virus“) und an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und den angekündigten Rückzug der USA aus der Finanzierung der WHO. Die Weltgemeinschaft muss alle Ressourcen mobilisieren, um Medikamente und einen Impfstoff gegen COVID-19 zu erforschen. Die öffentlichen Mittel, die bereits in diesem Sinne investiert bzw. zugesagt wurden, etwa auf der von der EU initiierten Geberkonferenz Anfang Mai 2020, dürfen nicht in Patente münden, mit denen private Profite gemacht werden. Vielmehr müssen Impfstoff und Medikamente, sobald sie entwickelt wurden, zu günstigen Preisen allen Menschen weltweit zur Verfügung gestellt werden.
7. Infolge der Corona-Krise rechnen die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung um 3 bis mehr als 5 Prozent. Arbeitslosigkeit, Armut und Perspektivlosigkeit werden wachsen. Die Situation ist vergleichbar mit den Folgen der Weltfinanzmarktkrise von 2008. Damals hatte die UNO ein Expertengremium unter der Leitung von Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz einberufen, welches Vorschläge für die Überwindung der Krise und für die Neuaufstellung der globalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur formulierte. Ein Vorschlag der Stiglitz-Kommission war die Einrichtung eines Weltwirtschaftsrats, der im selben Rang wie der UNO-Sicherheitsrat über wirtschaftliche und finanzpolitische Stabilität, die Bekämpfung von Armut und Hunger wachen sollte. Dieser und andere Vorschläge der Stiglitz-Kommission, wie die Einrichtung neuer, vom IWF und seinen Auflagen unabhängigen Kreditfazilitäten und eines neuen Währungsreservesystems, müssen wieder in die Diskussion gebracht werden, wenn die Weltwirtschaft nach der COVID-19-Pandemie gerechter und nachhaltiger organisiert werden soll.
8. Es ist höchste Zeit, dass die Regime-Change-Politik des Westens gegenüber anderen Staaten geächtet wird. Wer durch Drohung oder die Förderung gewaltsamer Umstürze andere Staaten unter Druck setzt, gefährdet den Weltfrieden. Auch das immer stärker angewandte Instrument der UN-Militärmissionen, versehen mit einem Kampfmandat nach Kapitel VII, trägt erheblich zu einer Militarisierung der UNO bei. Deutschland muss seinen Beitrag dazu leisten, die Vereinten Nationen auf ihre ursprüngliche Verpflichtung der Charta zurückzubringen. Dazu gehört insbesondere das dort verankerte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat zu nutzen, um die UNO wieder zum Zentrum außen- und sicherheitspolitischer Beratungen und Entscheidungen zu machen und sie somit gegenüber der NATO zu stärken, und in diesem Sinne

1. den Appell von António Guterres für einen globalen Waffenstillstand aufzugreifen und Friedensbotschafterinnen und -botschafter in alle Konfliktregionen zu entsenden, die Waffenstillstandsabkommen aushandeln und politische Lösungen, die auch lokale Friedenskräfte einbeziehen, befördern,
2. eine Initiative im UNO-Sicherheitsrat einzubringen, um alle von der UNO verhängten Wirtschaftssanktionen bis auf weiteres auszusetzen und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Situation der Menschen in den betreffenden Ländern zu überprüfen, sowie in der EU und gegenüber den USA auf die Beendigung einseitiger Wirtschaftssanktionen zu drängen,
3. auf den Erhalt aller bestehenden Verträge und Abkommen zur Rüstungskontrolle zu drängen, im Sicherheitsrat Gespräche über neue atomare und konventionelle Rüstungskontroll- und Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen voranzutreiben und die USA öffentlich und nachdrücklich zur Rückkehr in die Verträge der nuklearen Rüstungsbegrenzung aufzufordern,
4. den Atomwaffenverbotsvertrag zu ratifizieren und andere Staaten ermuntern, diesen ebenfalls zu ratifizieren sowie sich in der UNO für ein Verbot von bewaffneten Drohnen und autonomen Kampfrobotern einzusetzen,
5. die Mittel an die WHO, insbesondere die nicht zweckgebundenen Zuweisungen, grundsätzlich zu erhöhen, die USA für ihren Rückzug aus der Finanzierung der WHO zu rügen, den Einfluss privater Stiftungen und Unternehmen auf die UNO-Unterorganisationen zu prüfen und zu stoppen und in der UNO eine Initiative einzubringen, die ein globales Recht auf den kostengünstigen Zugang zu Impfungen und Medikamenten gegen Corona festschreibt, sobald diese entwickelt wurden,
6. einen Antrag in den UNO-Sicherheitsrat einzubringen, der die Annexion eines Teils der Westbank durch Israel als völkerrechtswidrig verurteilt, Palästina als Staat anzuerkennen und sich für die Aufnahme als Vollmitglied in die Vereinten Nationen einzusetzen, und eine neue Initiative für eine politische Lösung des Nahostkonflikts anzustoßen,
7. die Einrichtung eines Weltwirtschaftsrats im gleichen Rang wie der UNO-Sicherheitsrat voranzutreiben, sowie
8. die UNO zu entmilitarisieren und eine Initiative für ein internationales ziviles Hilfskorps für Kriseneinsätze bei Pandemien und Naturkatastrophen anzustoßen, zu dem Deutschland seinen Beitrag leistet.

Berlin, den 30. Juni 2020

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

